

ESSAY

Mit den aktuellen Entscheidungen zum Teil-Lockdown stellt sich immer dringlicher die Frage nach einer nachhaltigen Corona-Strategie, die uns über den gesamten Winter und das kommende Frühjahr trägt. Weitere Lockdowns, die Verschärfung der Maßnahmen mit allen ökonomischen, sozialen und kulturellen Nebenfolgen – um sie dann, wenn die Inzidenzen abgesunken sind, wieder zu lockern oder zu beenden – kann sich Deutschland, wie auch die anderen europäischen Länder, nicht leisten. Die Einschätzungen variieren, aber nur wenige erwarten eine rasche Entspannung durch die Verfügbarkeit eines Impfstoffes. Noch hat dieser die wichtige Funktion eines Lichtes am Ende des Tunnels, das für die Seelenlage der Bevölkerung so wichtig ist. Aber wir wissen nicht, ob die Impfung auch vor Infektiosität schützt, wie lange die Immunität anhält und wie sie in den besonders vulnerablen Gruppen der Hochbetagten und Vorkranken wirkt. Es ist auch noch nicht abzusehen, in welchem Umfang Impfdosen für die Allgemeinbevölkerung zur Verfügung stehen werden und ab wann eine globale Herdenimmunität in der Weltbevölkerung die Pandemie zum Erliegen bringt.

Aufgrund der statistischen Verteilung der Risiken, die sehr stark mit dem Lebensalter, aber auch mit bestimmten Vorerkrankungen korrelieren, ist zwar anzunehmen, dass auch die Impfung schon eines kleinen Teils der Bevölkerung die Letalität von Covid-19 deutlich absenken könnte. Aber die Sorge vor Langzeitfolgen einer Covid-19-Erkrankung, die Unberechenbarkeit der Krankheitsverläufe und das Fehlen wirksamer Therapien wird der Pandemie auch dann ihren Schrecken nicht nehmen, wenn durch Impfung die Zahl derjenigen, die in besonderer Weise gefährdet sind, absinkt.

Die Politik hat sich in Deutschland dazu entschieden (anders als zum Beispiel in Italien, das 21 Kriterien zur Risiko-Beurteilung heranzieht), den Inzidenzwert zur alles entscheidenden Größe der Pandemie-Bekämpfung zu machen. Dies ist durchaus problematisch, weil damit aus dem Blick gerät, dass bei gleicher Inzidenz sehr unterschiedliche Morbiditäts- und Letalitätsfolgen zu gewärtigen sind. Wenn man die statistischen Daten auswertet, muss man zu dem Schluss kommen, dass eine Inzidenz von 50 in einer Altersgruppe von über 75-Jährigen ein viel höheres Morbiditäts- und Letalitätsrisiko mit sich bringt als bei unter 35-Jährigen. Von daher ist neben der Inzidenz von allergrößter Bedeutung, diejenigen zu schützen, die in besonderer Weise gefährdet sind. Das betrifft Insassen von Alten- und Pflegeheimen, aber auch Patienten in Kliniken sowie medizinisches Personal. Hier hat Deutschland erneut keine gute Bilanz. Auch in der zweiten Welle ist es nicht gelungen, den Ausbruch in Alten- und Pflegeheimen zu verhindern. Das liegt auch daran, dass entsprechende statistische Daten vom Robert-Koch-Institut nicht zur Verfügung gestellt werden.

Nur wenige Kommunen haben denjenigen, die aus berechtigter Sorge um ihre Gesundheit ihre Wohnung nicht verlassen möchten, dies durch einen gut organisierten Service ermöglicht. Immerhin werden seit Dezember (aber warum erst seit Dezember?) FFP2-Masken zur Verfügung gestellt. Auch die regelmäßige Testung des betreuenden Personals in Alten- und Pflegeeinrichtungen soll nun zum Standard werden. Die Tatsache, dass die Letalität von Covid-19 an der Inzidenz gemessen auf einen Bruchteil abgesunken ist, ist offenkundig nicht Folge von erfolgreichen Schutzmaßnahmen für besonders gefährdete Personen, sondern lediglich der höheren Testaktivität zu verdanken, so dass die Dunkelziffer von nicht erkannten Infizierten entsprechend abgesunken ist. Jedenfalls scheint das eine plausible Interpretation der vorliegenden Daten zu sein.

Aber selbst dann, wenn hier die Anstrengungen verstärkt werden, ist bislang keine nachhaltige Pandemie-Strategie erarbeitet worden. Während noch in der ersten Welle das entscheidende Kriterium war, das Gesundheitssystem und speziell die Kapazität von Intensivbetten nicht zu überfordern, wird nun als neues Kriterium die Kapazität der Gesundheitsämter eingeführt, durchaus zu Recht. Solange die Gesundheitsämter in der Lage sind, das Infektionsgeschehen hinreichend zügig nachzuverfolgen, können Ausbrüche lokal eingeschränkt werden und müssen nicht zwangsläufig mit allgemeinen Maßnahmen des Lockdowns ganzer Regionen oder gar des ganzen Landes einhergehen. Dies wurde etwa im Fall Tönnes durchexerziert. Die Inzidenz 50 pro 100.000 Einwohner im Durchschnitt der letzten sieben Tage gilt als Grenze der Nachverfolgbarkeit durch die Gesundheitsämter. Vermutlich existiert hier eine große Varianz, so dass manche Gesundheitsämter durchaus in der Lage sind, mit weit größeren Inzidenzen fertigzuwerden,

andere dagegen schon frühzeitig die Kontrolle verlieren. Zudem hat sich in Einzelfällen gezeigt, dass auch dort, wo die Gesundheitsämter die Infektionskette noch nachverfolgen konnten, größere Zeitverzögerungen zur Ineffektivität beigetragen haben.

Wer also will, dass wir trotz Corona gut durch das nächste halbe Jahr kommen, muss sich Gedanken über eine nachhaltige Strategie machen, um die Fortsetzung der desaströsen Stotterbremse überflüssig zu machen. Der entscheidende Ansatzpunkt scheint uns die digitale Aufrüstung der Gesundheitsämter zu sein. Der Schlüssel ist dabei die Verfügbarkeit der Ortungsdaten einer neuen Corona-App für die Gesundheitsämter.

Ostasiatische Länder, wie Südkorea und Taiwan, haben gezeigt, dass mit einer digitalen Aufrüstung die Corona-Pandemie eingedämmt, ja weitgehend zum Erliegen gebracht werden kann. Südkorea war nach China das Land, das zu Beginn der Corona-Pandemie zahlenmäßig am stärksten betroffen war. Es hat die Pande-

mie binnen einiger Wochen mit einer überzeugenden, kohärenten und auf digitale Tools setzenden Strategie unter Kontrolle gebracht und trotz des einen oder anderen Aufflammens bisher (Stand 8. Dezember) nur 582 Covid-19-Todesfälle zu beklagen gehabt. Das ist bei einer Bevölkerung von rund 50 Millionen minimal, auch im Vergleich zu Deutschlands knapp 20.000 Covid-19-Toten, geschweige denn zu italienischen, spanischen oder britischen Werten.

Aus ostasiatischer Sicht – und das gilt eben nicht nur für die diktatorischen Maßnahmen Chinas, sondern für fast alle Länder der Region, auch der liberal-demokratischen – ist der Umgang mit der Pandemie in Nordamerika und Europa höchst umständlich und ineffektiv. Zugleich sind die ökonomischen, sozialen und kulturellen Nebenfolgen in Nordamerika und Europa weit gravierender als in den ostasiatischen Staaten. Wir vergleichen die Situation an dieser Stelle nicht mit Südamerika, Afrika oder Südasien, sondern bleiben im Bereich des Ver-

deren Daten den Gesundheitsämtern automatisch zur Verfügung stehen und die zur Information der durch räumliche Nähe infektionsgefährdeten Personen eingesetzt wird, liegt auf der Hand: Damit werde das informationelle Selbstbestimmungsrecht eingeschränkt, und das sei unzulässig. Damit es hier kein Missverständnis gibt, sei ausdrücklich betont, dass die beiden Autoren dieses Artikels den fortgesetzten Datenmissbrauch, den insbesondere große Internetkonzerne betreiben, ja zu einem lukrativen Geschäftsmodell ausgenutzt haben, kritisieren und sich einen effektiveren Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechtes durch europäische und nationale Gesetzgebungen wünschen.

Hier, in dieser Gesundheitskrise Europas und der Welt, gilt es aber, alle betroffenen Grundrechte gegeneinander in überzeugender Weise abzuwägen. Wenn das Fehlen einer Corona-Tracking-App dazu führt, dass die Politik zu Lockdown-Maßnahmen gezwungen ist, mit all den Folgen, die damit verbunden sind – dann

tiert und aufgrund vorausgegangener technologischer Aufrüstung machbar sind, hier nicht realisierbar wären. Aber selbst dann, wenn sich lediglich eine zehnpromtente Wirksamkeit sichern ließe, wären immer noch Tausende von Todesfällen in Deutschland durch Digitalisierung vermeidbar gewesen. Wir sollten die Chancen für eine reduzierte Krankheits- und Todeslast selbst dann nutzen, wenn wir optimistisch sind, was die Wirksamkeit und Verfügbarkeit von Impfstoffen betrifft.

Auch wer dieses Argument der Verhältnismäßigkeit ebenso akzeptiert wie auch die Einschränkung des informationellen Selbstbestimmungsrechtes angesichts der Beschränkung zahlreicher Grundrechte, wie der Freiheit der Berufsausübung, der Bewegungsfreiheit, des Eigentumsrechts, mag aus einem anderen Grund skeptisch bleiben: Gefährdet eine Verfügbarkeit der Ortungsdaten für die Gesundheitsämter nicht die freiwillige Nutzung der Corona-App? Ist nicht anzunehmen, dass der Prozentsatz der Bevölkerung, der diese nutzt, dann deutlich absinkt?

Die Antwort darauf besteht im Verweis darauf, wie das Gros der Bevölkerung mit Ortungsdiensten gegenwärtig umgeht. Obwohl die meisten Menschen davon informiert sind, dass Facebook, Google und Co. die Ortungsdaten nutzen, um Marketingstrategien zu fahren, und zudem anzunehmen ist, dass US-Geheimdienste Zugriff auf diese Daten haben, bleiben auf den meisten Smartphones mehrere Ortungsdienste aktiviert. Es ist schlicht unüblich, vor Nutzung von Google Maps die entsprechende Ortung zu aktivieren, um sie nachher wieder abzuschalten. Es ist höchst unplausibel anzunehmen, dass Menschen ausgerechnet gegenüber deutschen Gesundheitsämtern ein höheres Misstrauen empfinden als gegenüber der NSA.

Daher empfiehlt es sich, auch für eine Corona-Tracking-App Anreize zu schaffen, diese zu nutzen. Jeder Friseurbesuch, das Bestellen eines Espressos im Bordrestaurant eines ICE, das Betreten eines Restaurants, eines Fitnessstudios könnte die Nutzung der Corona-Tracking-App erforderlich machen. Auch andere Internet-Services könnten mit ihr verknüpft werden. Am Ende würde eine implizite Akzeptanz der Corona-Tracking-App eintreten, so wie wir dies von all den nützlichen Angeboten der Silicon-Valley-Giganten bereits kennen. Die Gegenthese, dass Menschen in US-amerikanische Konzerne und ausländische Geheimdienste ein größeres Vertrauen hätten als gegenüber Gesundheitsämtern, die in der Pandemie an der Grenze ihrer Belastbarkeit operieren und sicher kein Interesse daran haben, dass die Daten zweckentfremdet werden – diese These entbehrt jeder Grundlage.

Die Zeit drängt. Wenn wir den Teil-Lockdown und verschärfende Maßnahmen Mitte Januar, wie es jetzt die Absicht ist, beenden wollen, dann muss bis dahin klar sein, wohin die Reise geht. Wollen wir die Gesundheitsämter fit machen, damit sie auch bei wieder ansteigenden Inzidenzen nicht kapitulieren müssen, dann müssen sie jetzt aufgerüstet werden, nicht nur personell, sondern auch digital. Die Zettelwirtschaft in den Gaststätten muss ein Ende haben, die mühsame Nachverfolgbarkeit von Infektionsketten durch Befragungen vergesslicher Menschen und Entschlüsselung schlechter Handschriften passt nicht in die Gegenwart.

Mit anderen Worten: Auch Europa muss im 21. Jahrhundert ankommen und sich der Technologie bedienen, die dieses Jahrhundert prägen wird, die Digitalisierung. Nur eine effektive algorithmengesteuerte Datenauswertung und -weitergabe kann verhindern, dass wir in der Sackgasse wiederkehrender Lockdowns steckenbleiben und die ökonomische, soziale und kulturelle Vitalität der deutschen und der europäischen Gesellschaften beschädigen. Die Europäische Union hat 750 Milliarden Euro mobilisiert, um die ökonomischen und sozialen Folgen der Lockdown-Maßnahmen in der ersten Pandemie-Welle abzumildern. Sie wird nicht ein zweites, drittes und viertes Mal 750 Milliarden Euro mobilisieren können, ebenso wenig wie Deutschland weitere Hunderte Milliarden in die Krisenbekämpfung investieren kann. Unser gemeinsamer Appell, aus ethischer und juristischer Perspektive, ist deshalb: Lösen wir diese Blockade auf, nehmen wir die unreflektierte Absolutsetzung eines einzigen Grundrechts, nämlich das der informationellen Selbstbestimmung, zurück. Setzen wir dieses Grundrecht in angemessener Weise ins Verhältnis zu anderen Grundrechten und öffnen wir so die Perspektive zu einem europäischen Weg der Pandemie-Bekämpfung, die das Leid der betroffenen Menschen mildert und zugleich die Gesellschaft in Takt hält.

Julian Nida-Rümelin ist Physiker und Philosoph. Er lehrt an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Eric Hilgendorf ist Professor für Rechtswissenschaften an der Universität Würzburg.



GETTY IMAGES/OLASER

Ohne eine Tracking-App, die eine Kontrolle des Infektionsgeschehens auch jenseits einer Inzidenz von 50 ermöglicht, kommen wir nicht gut durch den Winter und das kommende Frühjahr



ERIC HILGENDORF UND JULIAN NIDA-RÜMELIN

gleichbaren, also im Bereich der ökonomisch entwickelten Länder, mit einer umfangreichen medizinischen Versorgung und großen staatlichen Budgets.

In der ersten Welle der Pandemie unternahm die Bundesregierung den Versuch, eine zentralisierte Corona-App, deren Daten den Gesundheitsämtern automatisch zur Verfügung stehen, zu etablieren. Der Widerstand von Datenschützern und Aktivisten, wie dem Chaos Computer Club, verzögerte dieses Projekt um etwa zwei Monate gegenüber der ursprünglichen Planung und führte zu einer auf völliger Freiwilligkeit beruhenden dezentralisierten Lösung. Von ihr steht heute fest, dass sie bei der Eindämmung der Pandemie nur eine marginale Rolle spielt. Es hat keinen Sinn, um den heißen Brei herumzureden: Diese Form der Corona-Tracing-App ist weitgehend ineffektiv. Dieser wesentliche Baustein einer erfolgreichen Pandemie-Bekämpfung hat sich nicht bewährt. Man kann nun beklagen, dass dies daran liege, dass die deutsche Bevölkerung eben nicht hinreichend mitspielt. In der Tat sollen nur etwa 15 Prozent der Infizierten die Corona-Tracing-App nutzen, um die Informationen über ihre Infektion – anonym – an Personen, die dadurch gefährdet wurden, weiterzugeben. Was diejenigen, die entsprechende Informationen erhalten, mit diesen Informationen machen, in welchem Umfang sie sich dadurch selbst in Quarantäne begeben und sich einem Test unterziehen, ist nicht dokumentiert.

Der in der Öffentlichkeit durchaus wirksame Einwand gegen eine Corona-Tracking-App,

müssen sämtliche Verletzungen und Einschränkungen von Individualrechten durch Lockdown-Maßnahmen gegen die Einschränkung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung abgewogen werden. Wir sprechen hier von der vermeidbaren Infektion Hunderttausender, von der unnötigen Vernichtung mühsam aufgebauter unternehmerischer Existenzen und auch von den extremen staatlichen Schulden, die die nächsten Generationen abzutragen haben werden.

Nehmen wir einmal an, eine Corona-Tracking-App hätte es erlaubt, auch in Deutschland die Pandemie in ähnlicher Weise einzudämmen wie in Südkorea oder in Taiwan – dann hätte der Verzicht auf ihren Einsatz das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf körperliche Unversehrtheit und auf Schutz ihres Lebens hunderttausendfach verletzt. Wenn es möglich ist, durch digitale Tools, die eine zeitlich befristete – also auf die Zeit der pandemischen Herausforderung begrenzte – Einschränkung des informationellen Selbstbestimmungsrechtes beinhalten, die Pandemie so einzudämmen, dass nur ein Bruchteil von Erkrankungen und Todesfälle durch Covid-19 einträte, so wäre ihr Einsatz ethisch wie rechtlich gerechtfertigt.

Bei allen Unterschieden der digitalen Infrastruktur zwischen Südkorea oder Taiwan und Deutschland ist nicht erkennbar, warum wir hier nicht in der Lage sein sollten, in vergleichbar effektiver Weise digitale Tools einzusetzen. Dabei ist den Autoren wohl bewusst, dass eine ganze Reihe von Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen, die in Südkorea akzep-

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985 \*)

Herausgeber: Stefan Aust  
 Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt  
 Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky, Arne Tietz  
 Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Johannes Boie, Dagmar Rosenfeld  
 Stv. Chefredakteur: Robin Alexander

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner  
 Kommentator: Torsten Krauel  
 Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommert  
 Leitung Editionsteam: Christian Gaarnert, Oliver Michalsky, Arne Tietz  
 Stv. Philip Jürgens, Lars Winkler  
 Creative Director: Cornelius Tittel  
 Artredaktion: Juliane Schwarzenberg, Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Lars Schroeder, Dr. Jacques Schuster  
 Forum: Eva Marie Kogel, Stv. Rainer Haubrich  
 Investigation/Reportage: Manuel Bewarder, Anette Dowski  
 Außenpolitik: Klaus Geiger  
 Wirtschaft/Finanzen: Jan Dams, Olaf Gersmann, Stv. Dietmar Defner, Thomas Exner (Senior Editor)  
 Feuilleton: Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder, Stv. Hannah Lüthmann  
 Literarische Welt: Dr. Mara Delius

Literarischer Korrespondent: Richard Kämmerlings  
 Stil/Reise: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griesse (Senior Editor)  
 Sport: Matthias Brügelmann  
 Wissen: Dr. Pia Heinemann, Stv. Wiebke Hollersen  
 Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach  
 Nachrichten/Gesellschaft: Thore Barffuss  
 Community/Social: Franziska Zimmerer  
 WELTplus: Sebastian Lange  
 Video: Martin Heller

GvD Produktion: Patricia Plate  
 Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne  
 Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm  
 Chefredakteur Außenpolitik: Dr. Sascha Lehmann  
 Chefredakteur Ökonomie: Dr. Dorothea Siems  
 Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger  
 Chefredakteur Feuilleton: Dr. Jan Küveler  
 Chefredakteur

Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau  
 Chefredakteur: Stefan Frommann, Heike Vowinkel  
 Chefredakteur Wissenschaft: Axel Bojanowski  
 Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff  
 Ständige Mitarbeiter: Prof. Michael Stürmer  
 Autoren: Henrik M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Peter Huth, Alan Posener, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert

Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Tobias Kaiser, Dr. Christoph Schiltz  
 Budapest: Boris Kalnoky  
 Istanbul: Deniz Yücel  
 Kapstadt: Christian Putsch  
 London: Stefanie Bolzen, Thomas Kießling  
 Marrakesch: Alfred Hackenberg  
 Moskau: Pavel Lokshin  
 New York: Hannes Stein  
 Paris: Martina Meister  
 Warschau: Philipp Fritz  
 Washington: Steffen Schwarzkopf, Dr. Daniel Friedrich Sturm